

Anzeige



Der grösste Weiterbildungsanbieter in der Region Baden-Zürzach.
Sie steht für Qualität und faire Preise.

Weiterbildung Wirtschaftsschule KV | Baden-Zürzach

NZZ Online

Montag, 18. Januar 2010, 11:41:23 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Schweiz

15. Januar 2010, Neue Zürcher Zeitung

Moskau gibt seine Blockade in Strassburg auf

Zustimmung zur Reform des 14. Protokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention

Jahrelang blockierte Russland eine Reform des Strassburger Gerichtshofs für Menschenrechte. Am Freitag hat die Duma das umstrittene Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention ratifiziert.

gho. Moskau · Die Entscheidung in der Staatsduma, dem Unterhaus des russischen Parlaments, zur Ratifizierung des Protokolls 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention am Freitag ist nur mehr eine Formalität gewesen. Bereits am Tag zuvor hatte Boris Gryslow, der Duma-Sprecher und ein führendes Mitglied der Partei Einiges Russland, von einer Zustimmung der straff geführten Partei, welche die Mehrheit in der Duma hält, gesprochen.

Der Sinneswandel, die jahrelange Blockade aufzugeben, hatte sich schon früher abgezeichnet. Mitte Dezember hatte der russische Präsident Dmitri Medwedew die Bedeutung des Protokolls auch für die Entwicklung der russischen Justiz hervorgestrichen. Russland hatte zwar im Jahr 2006 das 14. Protokoll unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Durch die Zustimmung Russlands – als letztes der 47 Europarats-Mitglieder – wird der Weg zu einer Verfahrensreform des überlasteten Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) frei.

Ein Grossteil der Klagen in Strassburg stammt aus Russland; der russischen Justiz werden auf diese Weise regelmässig Niederlagen zugefügt. Vertreter des Europarats, unter ihnen auch Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, die derzeit als Präsidentin des Ministerkomitees des Europarats fungiert, begrüsst den Schritt Russlands. Georgi Matjuschkina, der russische Gesandte am Strassburger Gerichtshof, sagte, die Ratifizierung liege im Interesse Russlands. In der letzten Zeit waren immer wieder Gespräche zwischen dem Europarat und Russland geführt worden, die offenbar eine Annäherung der Positionen brachten. Moskau pochte darauf, dass bei Klagen, die Russland betreffen, jeweils ein russischer Vertreter im dreiköpfigen Richterergremium dabei sei. Zudem wird der Gerichtshof keine Untersuchung vor der formellen Annahme einer Klage durchführen. Zudem soll bei einer Überprüfung der Umsetzung eines Strassburger Urteils ein Vertreter des davon betroffenen Landes involviert sein.

Mit der Entscheidung vom Freitag ist nur mehr die Ratifizierung des 6. Protokolls durch Russland ausstehend, das die Todesstrafe in Friedenszeiten untersagt. In Russland ist die Todesstrafe zwar in Kraft, wird aber nicht ausgeführt. Ein entsprechendes Moratorium wurde vor kurzem verlängert.

kos. Strassburg · Nach den jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Europarat und Russland herrscht im Palais de l'Europe in Strassburg nach dem Entscheid der Duma in Moskau Erleichterung. Als Europarats-Präsidentin erklärte die Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, die nun mögliche Reform des Gerichtshofs stärke den Schutz der Grundrechte aller in den 47 Mitgliedsländern. Calmy-Rey begrüsst das Votum der Duma in einer gemeinsam mit Lluís Maria de Puig, dem Vorsteher der Parlamentarischen Versammlung, veröffentlichten Stellungnahme. Der Chef des Gerichtshofs, Jean-Paul Costa, sagte, die Effektivität der Strassburger Rechtsprechung werde sich verbessern, auch wenn die Neuerungen nicht alle Probleme lösen würden, mit denen man wegen der enormen Flut an Klagen zu kämpfen habe.

Aus der Sicht Costas steht nach dem Einlenken Moskaus die für Februar in Interlaken von der Schweizer Europarats-Präsidentschaft geplante Konferenz über die Zukunft des Gerichtshofs unter einem guten Stern. Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, interpretiert die Abstimmung der Duma als deutliches Zeichen für ein russisches Bekenntnis zu Europa. In Strassburg wird die Moskauer Wende vom Njet zum Ja nicht zuletzt auf den Einfluss von

Präsident Medwedew zurückgeführt. Anders als sein Vorgänger Putin sendet Medwedew gelegentlich Signale in Richtung einer moderaten Liberalisierung des autokratischen russischen Machtsystems aus. Von den rund 100 000 unerledigten Klagen stammen allein 30 000 aus Russland.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/moskau_gibt_seine_blockade_in_strassburg_auf_1.4519861.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
